

Vorwort:

Nach der Sommerpause kommt jetzt die neue Ausgabe unseres Formats „dieBasis Aktuell!“. Wir hoffen Ihr hattet eine schöne und erholsame Ferienzeit. Nun ist es wieder Zeit sich mit den aktuellen Themen zu beschäftigen.

Beim letzten Schwarmtreffen hat der Vorstand des Stadtverbandes einen Entwurf für eine bessere politische Arbeit in Bielefeld vorgestellt. Wir hoffen so die Ignoranz und die Diffamierungen der Medien, uns gegenüber, besser entgegentreten zu können.

Am 3. August war auch dieses Jahr wieder eine große Demonstration in Berlin. Einige von uns waren dort und haben eine große und friedliche Veranstaltung erlebt. Wie zu erwarten haben die Medien nur am Rande, mit teilweise falschen Behauptungen, darüber berichtet.

Viele Vorbereitungen für die Kommunalwahl im nächsten Jahr sind angelaufen. Schaut beim Schwarmtreffen oder Stammtisch vorbei und bleibt gut informiert.

Packen wir's an, helft mit. Beschäftigt Euch weniger mit Nebensächlichkeiten.

Altparteien abwählen!

Der deutsche Mittelstand

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

Zu schön, um wahr zu sein? Der Basisdemokrat sollte jubeln. Das ist es doch, was wir wollen, oder?

Ein Gastbeitrag von A. Wiesecke

Wann genau hat eigentlich der deutsche Unternehmer angefangen, ganz offen Politik zu machen? Deutsche Unternehmen, wie Miele, Vorwerk, Claas, Trigema, Stihl, Schüco und leider auch die Oetker-Gruppe, verlassen ganz offen den Boden der Neutralität und nehmen plakativ für eine bestimmte politische Richtung Partei.

Bei Oetker z.B. wäre es vor der "Corona-Krise" undenkbar gewesen, das wertvolle Firmenlogo für eine politische Kampagne zu missbrauchen (#ZusammenGegenCorona, 07.12.2021). Ich kann mir nicht vorstellen, dass der alte Firmenpatriarch so einer Aktion zugestimmt hätte, zumal sie, wie wir Heute gesichert wissen, gegen die Menschenrechte verstoßen hat!

"Impfen ist das beste Rezept"

stand unter dem weltbekannten Firmenlogo (<https://x.com/DrOetkerDE/status/1468120596261257216>).

In der Compliance Vereinbarung der Oetker-Gruppe steht:

„Ethisches und gesetzeskonformes Verhalten hat für die Oetker-Gruppe in der eigenen Geschäftstätigkeit und in den Beziehungen zu allen Geschäftspartnern und Kunden höchste Priorität.“

Vor den anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg starten nun mehr als 40 Unternehmen, auch Oetker ist wieder dabei, eine neue Aktion, diesmal gegen Rechts, gegen Fremdenfeindlichkeit.

Was sich in den ostdeutschen Bundesländern abzeichne, sei „hochgefährlich“, sagte der Initiator, Timm Mittelsten Scheid, der neuen Aktion.

Mir scheint es „hochgefährlich“ wenn Politik und Wirtschaft eine Allianz bilden um „ihrer Demokratie“ Geltung zu verschaffen.

Genau diese unheilige Allianz hatten wir schon einmal und sie endete für ganz Europa in einer beispiellosen Katastrophe. Damals hatte man als Unternehmer Vorteile, wenn man einem

bestimmten „Freundeskreis“ angehörte.

Sind wir wirklich wieder an diesem Punkt und macht es tatsächlich einen Unterschied, wenn die Armbinde jetzt bunt ist?

Siehe hierzu auch den Beitrag von Apollo News:

<https://apollo-news.net/made-in-germany-made-in-vielfalt-40-firmen-starten-anti-afd-kampagne/>

Ideologie vor Vernunft

Ansprechpartner: Jochen König presse.bielefeld@diebasis.nrw

Wie tickt unser Stadtrat?

Bielefeld hat die höchste Arbeitslosigkeit in OWL und strebt mittelfristig einen Rekord-Schuldenstand von ca. 2 Milliarden Euro an. Kosten und Zeitpläne für die meisten Bauprojekte laufen aus dem Ruder. Der geplante Altstadtumbau ist ebenso umstritten wie die Verkehrswende insgesamt. Umbauten der Heeper Straße und der Herforder Straße werden zur weiteren Lähmung der Infrastruktur führen. Wer einmal eine Ratssitzung besucht, der erkennt, dass es eine harte Front zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb gibt, die eine auf Logik und Fakten basierte Zusammenarbeit weitestgehend ausschließt.

Es ist an der Zeit, dass  **dieBasis** in den Stadtrat einzieht.

Auf der Grundlage unserer Dreigliederung nach Steiner (Gleichgewicht im sozialen Organismus zwischen Geist, Recht und Wirtschaft) wird dort dringend eine Kraft benötigt, die kompetent für ein gesellschaftliches Miteinander arbeitet und im Interesse der Bielefelder Bürger.

Alles, was aus dem Rathaus kommt, muss dann in den 10 Bielefelder Stadtbezirken umgesetzt werden, und auch dort gibt es interessante Möglichkeiten der Mitwirkung. Mit dem Link <https://anwendungen.bielefeld.de/bi/si0040.asp> findet man im Bielefelder SessionNet die wichtigsten Termine und Tagesordnungen. Hingehen, zuhören und sich an der Bürgerfragestunde beteiligen!!! Einige von uns machen es schon, allerdings müssen das mehr werden. Was vor unserer Haustüre passiert, kann uns nicht egal sein.

Auf der Seite der CDU <https://www.cdu-bielefeld.de/presse/lokal/alle/beitraege.html> sind einige der Aufreger gelistet, die die Bielefelder Politik umtreiben. Dass der Verfasser hier eine CDU-Seite nennt, ist keine parteipolitische Wertung, sondern schlicht und einfach die Tatsache, dass es sich hier um eine nette (wenn auch unvollständige) Übersicht handelt.

Es ist wichtig, dass wir Präsenz zeigen und nicht nur kritisieren, sondern, dass wir uns allesamt sachkundig machen, Lösungsvorschläge entwickeln und konstruktiv mitgestalten!

Der Verfasser freut sich auf Eure Sachthemen und Vorschläge (und macht gern einen Artikel daraus).

Die RKI-files Aufklärung bleibt Sache der (Basis-) Demokraten

Ansprechpartner: Gustav Wiesecke gustav.wiesecke@diebasis.nrw

Ein Gastbeitrag

Nun liegt alles auf dem Tisch, so sollte man meinen. Das RKI hat seine Corona Dokumentation veröffentlicht, und einer umfassenden Untersuchung steht nichts mehr im Wege. Außer vielleicht einer ganzen Reihe von Leuten, die im Zuge der Maßnahmen Entscheidungen

getroffen haben, die falsch waren, die Gesundheit zahlloser Menschen gefährdet und unser Grundgesetz geschädigt haben.

Abgesehen von mehr als 1.300 Schwärzungen auf 1.000 Textseiten liegt nun Material vor, mit dem unsere Politiker nun endlich ihre kompletten Corona Entscheidungen aufarbeiten könnten. Mal im Ernst, weshalb sollten sie das wollen?

Wenn der Bundestag sich dieser Aufgabe stellt, dann wird der Bock wahrhaftig zum Gärtner. Was sagen Medien und Politik dazu?

„Wie wird die Freigabe jetzt ablaufen?“

Formal hat Lauterbach damit seine Beamten angewiesen, die Anfrage nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), die Grundlage der Herausgabe ist, nochmals zu prüfen. Das wegen seiner Nähe zu Verschwörungsdenken umstrittene Onlineportal „Multipolar“ hatte bereits im Mai 2021 einen IFG-Antrag gestellt und befand sich seitdem in rechtlichen Auseinandersetzungen mit dem RKI, das dem Gesundheitsministerium direkt unterstellt ist...

Auch in der Politik hat die öffentliche Debatte um die RKI-Protokolle für Wirbel gesorgt. Politiker mehrerer Parteien sprachen sich in den vergangenen Tagen für eine umfassendere Aufarbeitung der Pandemie-Zeit aus. Stimmen im Überblick:

- Der CDU-Politiker Armin Laschet [kritisierte im ZDF heute journal](#), dass es „nur eine einzige Meinung“ gegeben habe, „die wurde damals als die einzig richtige Meinung angesehen“. „Wir müssen alles offenlegen“, sagte er zu den Protokollen. Als NRW-Ministerpräsident war Laschet an der Anordnung der meisten Corona-Maßnahmen direkt beteiligt.“

Dazu meint der Verfasser, dass man Aufklärung dann mit großer Gelassenheit einfordern kann, wenn man gewiss ist, dass im eigenen Umfeld kaum jemand existiert, der daran interessiert ist.

- „FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai verlangte am Dienstag das Einsetzen einer Enquete-Kommission des Bundestags zur Aufarbeitung der Corona-Zeit: ‚Dass auch rationale Kritik an den verhängten Freiheitseinschränkungen oftmals in die Nähe von Corona-Leugnern gerückt wurde, hat zur Spaltung unserer Gesellschaft beigetragen‘.

Für die Einrichtung einer Enquete Kommission braucht man die Zustimmung von 25% der Bundestagsabgeordneten. Diese Kommission ist allerdings eher eine Art Fragerunde im Vergleich zum Untersuchungsausschuss:

„Auf Antrag von mindestens einem Viertel der [Abgeordneten](#) muss der Bundestag einen Untersuchungsausschuss einsetzen, **der unabhängig von anderen Staatsorganen mögliche Missstände in Regierung und Verwaltung und mögliches Fehlverhalten von Politikern prüft.** Dazu kann er Zeugen und Sachverständige vernehmen und sich Akten vorlegen lassen“ https://www.bundestag.de/services/glossar/glossar/U/unters_aussch-245546

Anm.: Wer lediglich eine Enquete Kommission einfordert, der sieht offensichtlich keine **Missstände in Regierung und Verwaltung und mögliches Fehlverhalten von Politikern ...**

- Der Grünen-Gesundheitspolitiker Janosch Dahmen wandte sich gegen eine Enquete-Kommission: „Als Arzt und Politiker finde ich es vor dem Hintergrund der unzähligen Opfer falsch, die Aufarbeitung der Pandemie nun für die anstehenden Wahlkämpfe instrumentalisieren zu wollen.“

Anmerkung des Verfassers: Als Arzt und Politiker hat er vor allen Dingen seiner professionellen und politischen Verantwortung gerecht zu werden und in dieser Situation kaum einen

Anspruch auf moralisch-ideologische Autorität.

„Als das RKI mehr als 200 Sitzungsprotokolle ihres Krisenstabes aus dem Anfangszeitraum der Corona-Pandemie von Januar 2020 bis April 2021 an das Medium herausgeben musste, waren dort viele Passagen unkenntlich gemacht, darunter auch viele Stellen zu öffentlich diskutierten Themen wie den Covid-Schutzimpfungen. Auf ebenfalls über 1.000 Seiten begründete das RKI, weshalb jede einzelne Stelle geschwärzt wurde – Gründe, die Kritiker als vorgeschoben kritisierten.

Nach dem Informationsfreiheitsgesetz musste das Robert-Koch-Institut manche Namen schwärzen, auch bestimmte Dinge schwärzen, die Dritte wiederum betrafen. Es ist viel geschwärzt worden.

Gesundheitsminister Karl Lauterbach:

Auch zukünftig könnte es noch Stellen geben, die „unbedingt geschwärzt“ bleiben müssten, merkte Lauterbach an, etwa um die Rechte von Dritten, etwa Personen, die nicht zum RKI gehören zu schützen. Das können externe Wissenschaftler, Mitarbeiter anderer Behörden, Journalisten, aber auch Impfstoff-Hersteller und andere Unternehmen sein.“

<https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/rki-protokolle-freigabe-schwaerzungen-lauterbach-100.html>

Anm.: Jede Form parlamentarischer Aufklärung ist bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen im Bundestag kaum zu realisieren.

Zweitstimmenanteil:		2024	2017
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	25,7 %	20,5 %
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands	18,9 %	26,8 %
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	14,8 %	8,9 %
FDP	Freie Demokratische Partei	11,5 %	10,7 %
AfD	Alternative für Deutschland	10,3 %	12,6 %
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.	5,2 %	6,2 %
DIE LINKE	DIE LINKE (Anm.: nun gespalten)	4,9 %	9,2 %
SSW	Südschleswigscher Wählerverband	0,1 %	keine Teilnahme
Sonstige		8,6 %	5,0 %

Quelle: Bundeswahlleiterin

Wo sollen die 25% Prozent Befürworter einer Aufarbeitung im Bundestag bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen herkommen?

Selbst wenn man sie zusammen bekäme, wer würde der Enquete Kommission angehören und sich ggf. selbst belasten?

Was haben Ausschüsse von NSU bis Northstream Sprengung gebracht?

Fazit: Von der Politik sind also weder Aufklärung noch Konsequenzen zu erwarten. Der mündige (Basis) Demokrat muss immer wieder ran!

Dazu gibt es unter dem folgenden Link den entsprechenden Multipolar Artikel:

<https://multipolar-magazin.de/artikel/rki-protokolle-2>

Den Download der RKI Protokolle findet Ihr unter:

[https://my.hidrive.com/share/2-hpbu3.3u#\\$/](https://my.hidrive.com/share/2-hpbu3.3u#$/)

Regelmäßige Treffen

Vergesst bitte unsere regelmäßigen Treffen nicht und bringt viele gute Ideen und Freunde mit. Unser nächstes Schwarmtreffen findet am 21.09.2024 ab 16:00 Uhr statt. Der Ort wird auf der Homepage bekannt gegeben. Besucht auch das regelmäßige Stammtischtreffen im Restaurant Kreta, nächster Termin 05.09.2024 ab 19:00 Uhr. Besucht auch die Veranstaltungen die von Mitgliedern organisiert werden.

Alle Termine sind auf unserer Homepage <https://bielefeld.diebasis.nrw/> zu finden. Weitere Informationen findet ihr auf: <https://nrw.diebasis.nrw/news/>.

dieBasis Stadtverband Bielefeld

Pressesprecher Jochen König

Schriftführer Gustav Wiesecke